



Detailansicht des Registereintrags

Marburger Bund - Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e.V. Bundesverband

Aktuell seit 06.08.2026 13:41:42

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003043
Ersteintrag:	07.03.2022
Letzte Änderung:	06.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	06.08.2026
Tätigkeitskategorie:	Arbeitnehmerverband
Kontaktdaten:	Adresse: Reinhardtstraße 36 10117 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493074684611 E-Mail-Adressen: hauptgeschaeftsfuehrung@marburger-bund.de Webseiten: <u>www.marburger-bund.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

730.001 bis 740.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,55

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Susanne Johna**
Funktion: 1. Vorsitzende
2. **Dr. Andreas Botzlar**
Funktion: 2. Vorsitzender
3. **Dr. Hans-Albert Gehle**
Funktion: Beisitzer
4. **Dr. Melanie Rubenbauer-Beyerlein**
Funktion: Beisitzerin
5. **Priv.-Doz. Dr. Peter Bobbert**
Funktion: Beisitzer
6. **Prof. Dr. Henrik Herrmann**
Funktion: Beisitzer
7. **Sylvia Ottmüller**
Funktion: Beisitzerin
8. **Dr. Sven Dreyer**
Funktion: Beisitzer
9. **Dr. Claudia Hellweg**
Funktion: Beisitzerin

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (16):

1. **Armin Ehl**
2. **Christian Twardy**
3. **Stefanie Gehrlein**
4. **Susanne Renzewitz**
5. **Hans-Jörg Freese**
6. **Sascha Nicolai**
7. **Ruth Wichmann**
8. **Dr. Susanne Johna**
9. **Dr. Andreas Botzlar**
10. **Dr. Hans-Albert Gehle**
11. **Dr. Melanie Rubenbauer-Beyerlein**
12. **Priv.-Doz. Dr. Peter Bobbert**
13. **Prof. Dr. Henrik Herrmann**

14. **Sylvia Ottmüller**

15. **Dr. Sven Dreyer**

16. **Dr. Claudia Hellweg**

Gesamtzahl der Mitglieder:

150.625 Mitglieder am 01.01.2026, davon:

150.611 natürliche Personen

14 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (5):

1. European Junior Doctors Permanent Working Group
2. European Federation of Public Service Unions
3. Deutsche Gesellschaft für Krankenhausgeschichte e.V.
4. Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V.
5. European Forum of Medical Associations and WHO (EFMA)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Hochschulbildung; EU-Gesetzgebung; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Sonstiges im Bereich "Recht"; Krankenversicherung; Rente/Alterssicherung; Sonstiges im Bereich "Soziale Sicherung"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband bezweckt die Wahrung der beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Belange seiner Mitglieder im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland unter Zugrundelegung ärztlicher Berufsauffassung.

Er ist die gewerkschaftliche und berufspolitische Vertretung der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte und Interessenvertretung der Medizinstudierenden.

Zur Interessenvertretung können alle notwendigen Maßnahmen Streiks getroffen werden.

Er ist politisch und weltanschaulich unabhängig, sein Aufbau erfolgt nach demokratischen Grundsätzen.

Dem Verband obliegt insbesondere:

- die angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte gegenüber Parlamenten und Regierungen zu vertreten;
- auf angemessene Beschäftigungsbedingungen der beamteten Ärztinnen und Ärzte hinzuwirken;
- auf sachgerechte Regelungen für die Ausbildung zur Ärztin/zum Arzt und für die ärztliche

Weiterbildung hinzuwirken;

- die Interessen der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte gegenüber den öffentlichen Institutionen, Verbänden und Einrichtungen des Gesundheitswesens zu vertreten.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. Bürokratieabbau

Beschreibung:

Abbau der überbordenden Bürokratie im Gesundheitswesen

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

2. Änderung Arbeitszeitgesetz

Beschreibung:

Änderung der täglichen/wöchentlichen Arbeitszeit

Betroffenes geltendes Recht:

ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

3. Änderung Krankenhausreform

Beschreibung:

Ökonomische Dimension Krankenhausversorgung reduzieren. Qualität der Versorgung verbessern.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2512 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Krankenhausreform -
(Krankenhausreformanpassungsgesetz - KHAG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KHEntgG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

4. Gesetz zur Stärkung der nationalen Suizidprävention (SuizidPrävG-E)

Beschreibung:

Im Referentenentwurf werden verschiedene Impulse zur Stärkung der Suizidprävention aufgegriffen und die Anstrengungen des Bundes zur Unterstützung von Menschen in Krisensituationen und zur Suizidprävention fortgesetzt. Der Deutsche Bundestag sprach sich in seiner Sitzung am Juli 2023 im Kontext der Diskussion um mögliche Regelungen zur

Suizidassistentz insbesondere für eine weitere Stärkung der Suizidprävention aus und nahm hierzu die EntschlieÙung „Suizidprävention stärken“

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/7630 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Suizidprävention stärken

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608060013 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

5. **Gesetz zur Modernisierung des Befristungsrechts im Wissenschaftsbereich**

Beschreibung:

Mit der Änderung des WissZeitVG sollen verlässliche und transparente Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Qualifizierung und die Vielfalt der Karrierewege geschaffen werden

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11559 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Befristungsrechts für die Wissenschaft
Zuständiges Ministerium: BMBF (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

WissZeitVG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Hochschulbildung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608060014 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.06.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
(BMFTR) [alle SG dorthin]

6. GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz

Beschreibung:

Um die Finanzierungsgrundlagen der GKV zukunftssicher aufzustellen und die Beitragssätze ab dem Jahr 2027 dauerhaft zu stabilisieren, hat die vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) eingesetzte FinanzKommission Gesundheit (FKG) am 30. März 2026 umfassende Empfehlungen ausgesprochen. Die Empfehlungen sollen das hohe Ausgabenwachstum ohne Einschränkungen der Versorgungsqualität senken und die vorhandenen Mittel effizienter einsetzen

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6130 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608060015 (PDF - 14 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 05.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

7. Verordnung zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen

Beschreibung:

Der Fachkräftemangel wird sich auch angesichts des demografischen Wandels weiter verschärfen. Um diesen Engpässen zu begegnen, ist es einerseits wichtig, eine optimale Berufsausbildung in Deutschland zu ermöglichen. Zum anderen braucht es eine zügige und transparente Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Mit dem Gesetzentwurf sollen bürokratische Hürden im Anerkennungsverfahren abgebaut werden.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/3207 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608060016 (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 12.06.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

8. Entwurf eines Gesetzes für Daten und digitale Innovation im Gesundheitswesen (GeDIG)

Beschreibung:

Elektronische Patientenakte (ePA): Stärkung der Nutzung und Anpassung an den praktischen Behandlungsalltag. Telematikinfrastruktur (TI): Gezielte Maßnahmen zur Verbesserung und Stabilisierung des technischen Betriebs. Elektronische Überweisung: Einführung neuer digitaler Versorgungselemente zur Vereinfachung von Abläufen in Arztpraxen. Datennutzung & Forschung: Erweiterte Befugnisse für Krankenkassen und das Forschungsdatenzentrum Gesundheit für eine datenschutzkonforme Sekundärnutzung

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9048 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens - (Digital-Gesetz – DigiG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608060017 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 21.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

9. Gesetz zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt

Beschreibung:

Bessere zivilrechtliche Durchsetzung (Auskunftsansprüche, Account-Sperren) und Schließung von Straflücken (z. B. bei bildbasierter sexualisierter Gewalt und Deepfakes)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/7033 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Schmidt, Matthias Gastel, Victoria Broßart, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 21/5782 - Das Potenzial außergerichtlicher Schlichtungsstellen für Reisende und Branche besser nutzen

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608060018 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

10. Zweites Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes**Beschreibung:**

Das in § 19 AGG verankerte zivilrechtliche Benachteiligungsverbot soll in mehrfacher Hinsicht angepasst werden. Des Weiteren soll die Rechtsdurchsetzung für von Diskriminierung betroffene Personen erleichtert werden. Außerdem sieht der Gesetzentwurf Klarstellungen und Nachjustierungen vor, die die Rechtsanwendung vereinfachen und verbessern sollen. Der Gesetzentwurf dient zudem der Umsetzung der Bestimmungen der Richtlinien (EU) 2024/1499 und (EU) 2024/1500 in das nationale Recht.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/6178 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

1. Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]
2. Zuständiges Ministerium: BMBFSFJ [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608060019 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.04.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und
Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

11. **Gesetz zur Änd. Regelung über ärztl. Zwangsmaßn. im Betreuungsrecht und zur Stärkung
ultima-ratio-Gebot sowie Selbstbestimmung d. Betroffenen**

Beschreibung:

Um zukünftig in der vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil beschriebenen
Fallgestaltung unangemessene Belastungen für die Betroffenen durch die Durchführung von
ärztlichen Zwangsmaßnahmen in einem Krankenhaus in jedem Fall zu vermeiden, wird
entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts in eng begrenzten
Ausnahmefällen die Durchführung einer ärztlichen Zwangsmaßnahme auch außerhalb eines
Aufenthalts in einem Krankenhaus ermöglicht.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 329/26 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Regelung über ärztliche Zwangsmaßnahmen im
Betreuungsrecht und zur Stärkung des ultima-ratio-Gebots sowie der Selbstbestimmung der
Betroffenen

Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2608060020 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
[alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

4.670.001 bis 4.680.000 Euro